

Kinderzuschlag weiterentwickeln

von Kerstin Andreae MdB

Für Union und SPD geht es in der Kinder- und Familienpolitik bereits seit Monaten um Profilierung. Die Pläne für den Ausbau der Kinderbetreuung sind im Koalitionsgezänk unter die Räder geraten. Das hat dramatische Folgen. Wertvolle Monate werden vertan, in denen eigentlich der Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben werden sollte.

Aber auch grundsätzlich besteht dringender Handlungsbedarf. Über 2 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. Die Koalition verliert sich im Streit um eine Kindergelderhöhung, statt endlich bei Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung und auch bei anderen voran zu kommen. Die komplexen Zusammenhänge und Herausforderungen bei Kinderarmut und bei Bildung werden in den Hintergrund gerückt. Kinder brauchen direkte Förderung durch Bildung, Betreuung und sinnvolle Geldleistungen. Dazu braucht es ein vernünftiges Gesamtkonzept und kein großkoalitionäres Dauer-Hickhack! Neben dem Ausbau der Infrastruktur sollte aus grüner Sicht der Kinderzuschlag weiterentwickelt werden. Er soll dazu dienen, Kinder aus der Armutsfalle zu holen, bedarf jedoch dringend einer Reform. Der Kinderzuschlag wurde von der rot-grünen Bundesregierung zum 1. Januar 2005 mit dem Ziel eingeführt, diejenigen Familien zu unterstützen, in denen das Einkommen der Eltern zwar ausreicht, um den Unterhalt der Eltern, nicht aber mehr den der Kinder vollständig zu sichern. So sollte erreicht werden, dass Familien nicht ihrer Kinder wegen Leistungen der Fürsorge beanspruchen müssen. Realität ist, dass heute in vielen Fällen das Einkommen der Eltern nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt der gesamten Familie zu finanzieren. An diesem Punkt setzt der Kinderzuschlag an. Zusammen mit dem Wohngeld sollen Kindergeld und Kinderzuschlag den Bedarf eines Kindes decken.

Eine erste Evaluierung des Kinderzuschlags hat gezeigt, dass der Kinderzuschlag allerdings noch zu wenige

Kinder und ihre Familien erreicht. 50 Prozent der Anspruchsberechtigten stellen überhaupt keinen Antrag, auch weil das Antragsverfahren kompliziert und bürokratisch ist. Um dem ursprünglichen Anspruch gerecht zu werden, möglichst viele Familien mit Erwerbseinkommen aus dem SGB-II-Bezug herauszuholen, muss das Instrument also dringend reformiert werden.

Die Stellschrauben, die verändert werden müssen, um möglichst viele Kinder und ihre Familien durch den Kinderzuschlag zu erreichen, sind bekannt: So muss das Antragsverfahren vereinfacht und die anteilige Anrechnung des übersteigenden Elterneinkommens von 70 Prozent auf 50 Prozent gesenkt werden.

Für uns Grüne ist die Bekämpfung von Kinderarmut ein Kernanliegen unserer Arbeit. Wir wollen verhindern, dass sich Kinderarmut in den vielfältigsten Formen in Deutschland ausbreitet. Eine Berufstätigkeit der Eltern ist noch immer der wirksamste Schutz vor Armut. Damit Eltern berufstätig sein können, brauchen sie bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige Betreuungsangebote. Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zu echten Eltern-Kind-Zentren, die enge Kooperation von Kitas und Schulen mit einer besser ausgestatteten Kinder- und Jugendhilfe, Angebote für die Stärkung der Kompetenz der Eltern inklusive Schuldner-, Ernährungs- und Suchtberatung bis hin zur Sprachförderung müssen Vorrang haben.

Zur besseren Infrastruktur für Familien muss eine Verbesserung der materiellen Absicherung von Kindern hinzukommen. Bildungsarmut und Einkommensarmut bilden häufig einen kausalen Zusammenhang. Die Kinderregelsätze sind zu niedrig und orientieren sich nicht an den tatsächlichen Bedarfen der Kinder, das muss sich ändern. Wir brauchen eine am tatsächlichen Bedarf und der Entwicklung eines Kindes angemessene Berechnung der Regelsätze.

Infos aus dem Büro

Hallo,

auch wenn es schmerzt, dass unser Mitgliederbestand seit einiger Zeit fast nur eine Richtung kennt – und die ist abnehmend –, ist es immer wieder erstaunlich, was sich im Mitgliederbereich unseres Kreisverbandes für eine Bandbreite bietet. Gut zu erkennen ist das immer, wenn ich Briefsendungen an die Mitglieder verschicke: Da liegt der Brief an ein Mitglied, das so nah beim Büro wohnt, dass ich den Brief von Hand einwerfe neben dem, der nach Pakistan verschickt wird. Der Brief an die Studentin liegt neben dem an den Rechtsanwalt, der an den vorübergehend Arbeitslosen neben dem an den Oberbürgermeister. Ich verteile Briefe an die KollegInnen, die im Grünen Büro arbeiten und verschicke andererseits Briefe nach Spanien, Luxemburg und England sowie nach Berlin, Essen, Frankfurt, München und andere Städte und Bundesländer. Ist das nicht faszinierend, wo wir überall Mitglieder haben? Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle auch mal ausdrücklich bei allen Mitgliedern bedanken, die uns treu die Stange halten, obwohl sie nicht in Freiburg wohnen! Der Mitgliederschwund ist zwar kein Phänomen der (Freiburger) Grünen, dass wir einem bundesweiten Trend folgen, ist aber kein Trost. So schwer es ist, neue Mitglieder zu gewinnen, so schwierig ist es z. T. auch, die Mitglieder zu halten. Gewährleisten wollen wir dies vor allem durch eine engagierte Arbeit in Freiburg (hier sind alle Ebenen, also auch die Gemeinderatsfraktion und unsere Bürgermeister gefragt), denn die „große Politik“ können wir nur bedingt beeinflussen, auch wenn diese dann der eigentliche Grund für so manchen Austritt ist. Ich denke nach wie vor, dass wir Euch in unserem KV ein gutes Angebot in Form unserer Arbeitskreise und Veranstaltungen bieten können, über Verbesserungsvorschläge freuen wir uns!

Grüße aus dem Büro von Andreas

Meldungen

Podiumsdiskussion:

Grüne Außenpolitik nach Fischer

Freiburg, Di, 4. März, 19 Uhr im Hörsaal 3044, KG III der Universität

Die Veranstaltung der Böll-Stiftung findet in Kooperation mit dem Carl-Schurz-Haus statt. Es diskutieren:

Franziska Brantner, Lehrbeauftragte an der Universität Mannheim und Köln (promovierte zur EU-Außenpolitik in den UN),
Michael Kellner, Büroleiter der Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Grüne, Berlin und
Jürgen Trittin, MdB stellv. Fraktionsvorsitzender und außenpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Grüne im Bundestag, Umweltminister a.D.

(Näheres unter: www.gruene-freiburg.de/kreisverband-freiburg/infothek.html)

Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/ Die Grünen, Kreisverband Freiburg, Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg, Tel.: 0761 / 70 12 14, Fax: 0761 / 7 54 05
kreisverband@gruene-freiburg.de
<http://www.gruene-freiburg.de>
Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075, Kto.: 117568-751
Auflage: 460 Exemplare
Druck: Tilia-Druck Freiburg
V.i.S.d.P.: Carsten Drecolli c/o Bündnis 90/Die Grünen
Redaktion und Satz: Carsten Drecolli, Lektorat www.ektorat-drecolli.de
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Kerstin Andraea, Andreas Hoffmann, Edith Sitzmann, Bonaventura Schmid, Thorsten Deppner, Carsten Drecolli

Jobcenter in die Hand der Kommunen!

von Edith Sitzmann MdL

Kurz vor Weihnachten hatte das Bundesverfassungsgericht noch eine Überraschung parat: Es hat entschieden, dass die Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und örtlicher Arbeitsagentur zur Betreuung der Arbeitslosengeld-II-Empfänger und ihrer Familien verfassungswidrig sind. Und wenn wir die Arbeit der Jobcenter einer kritischen Bilanz unterziehen, müssen wir leider feststellen, dass die Kooperation weniger gut funktioniert hat als erhofft. Wie bei so mancher Fusion zweier Unternehmen gab es mehr Reibungsverluste als Synergieeffekte. Zudem kam in der Praxis das Fördern gegenüber dem Fordern zu kurz.

Die Grüne Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts lautet deshalb: Die Kommunen sind zukünftig der richtige Träger für die Vermittlung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien. Im Mittelpunkt grüner Sozialpolitik stehen Befähigung und Teilhabe. Wir wollen Menschen aktivieren und ihnen die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt ermöglichen. Ziel ist es, den Kreislauf, auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein, zu durchbrechen. Dies macht die gleichzeitige Betreuung des familiären Umfelds und des sozialen Milieus notwendig. Denn viele Langzeitarbeitslose haben vielschichtige soziale Probleme. Nicht die schnelle Vermittlung in Arbeit, sondern soziale Stabilisierung, Qualifizierung und Begleitung stehen oftmals im Vordergrund. Im Januar 2008 gab es in Baden-Württemberg in 227.000 Bedarfsgemeinschaften 453.000 Leistungsempfänger nach dem SGB II. Davon waren weniger

als ein Drittel (142.000) arbeitslos gemeldet. Diese Zahlen belegen: Politik für ALG-II-Empfänger/innen und ihre Angehörigen ist auch Sozialpolitik. Die Bundesagentur hingegen weist inzwischen von sich, für Sozialpolitik zuständig zu sein.

Ein Zurück zur getrennten Aufgabewahrnehmung, wie dies SPD-Bundesarbeitsminister Olaf Scholz mit dem beschönigenden Etikett „kooperative Jobcenter“ fordert, darf es nicht geben. Es macht wenig Sinn, nach einer gescheiterten Ehe die Beziehung ohne Trauschein fortzusetzen. Zukünftig müssen im Interesse der Langzeitarbeitslosen tatsächlich alle Hilfen aus einer Hand geleistet werden. Eine zukunftsfähige Sozialpolitik muss aus Grüner Sicht die kommunale Ebene als „Ort des Sozialen“ stärken. Die Einrichtung regionaler Beiräte mit Kirchen, Arbeitnehmervertretern, Arbeitgebern, freien Trägern u. a. soll die Kommune als „Ort des Sozialen“ entwickeln und stärken. Zudem können regionale Beiräte für eine bessere Vernetzung und Akzeptanz unterschiedlicher Maßnahmen sorgen. Voraussetzung für Jobcenter in kommunaler Verantwortung ist allerdings eine aufkommensbezogene Finanzierung. Es dürfen keine zusätzlichen Kosten an der kommunalen Ebene hängen bleiben. Weiterhin Aufgaben an die Kommunen zu delegieren, ohne die dafür erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, ist kein gangbarer Weg.

Das komplette Positionspapier findet ihr unter: <http://www.edith-sitzmann.de>

Liebe Mitglieder,

der Kreisvorstand möchte Euch - wie bereits auf der letzten MV angekündigt - darüber informieren, dass zur Jahreshauptversammlung drei Mitglieder nicht erneut kandidieren werden. Damit besteht die Möglichkeit, dass neue Leute diese interessante und vielfältige Aufgabe übernehmen können - eine echte Herausforderung übrigens, für die einiges an Zeit und Talent; aber auch Spaß am Finden und Umsetzen guter Ideen und Freude an Neuem mitgebracht werden sollte, muss der KV doch fit sein für die Wahlen im Jahr 2009. Überlegt Euch also, ob Euch diese Aufgabe lockt, und kandidiert im April!

Der Vorstand

Grüne Hochschulgruppe lehnt bei EMAS halbe Dinge ab

von Bonaventura Schmid

Seit Längerem hat die Universität Freiburg überlegt, sich nach EMAS, dem europäischen Standard für Öko-Auditverfahren, zertifizieren zu lassen. Am 19. Februar hat das Rektorat nun mitgeteilt, dass nur zwei Institutsgebäude und das Rektoratsgebäude zertifiziert werden sollen. Die Grüne Hochschulgruppe hält dies für den falschen Weg. Mit diesem Minimalprogramm verpassen wir in Freiburg die Chance uns ökologisch klar zu positionieren und gleichzeitig mehr Kosteneffizienz zu erreichen.

Die Grüne Hochschulgruppe sieht mehrere Gründe, die für die Zertifizierung der ganzen Universität sprechen. Mit einem Öko-Audit Verfahren wird der Prozess der „Nachhaltigen Universität“ durch ein weiteres wichtiges Projekt ergänzt und deutlich aufgewertet. In Baden Württemberg gibt es derzeit keine Universität, die zertifiziert ist. Die Universität Freiburg wird damit im Land den unbestrittenen Spitzenplatz einnehmen. Ganz nebenbei würde damit das Image der Stadt Freiburg als ökologische „Hauptstadt“ deutlich unterstrichen.

Neben diesen öffentlichkeitswirksamen Aspekten müssen wir hier nochmals die handfesten wirtschaftlichen Gesichtspunkte betonen. Zeigt der EMAS-Prozess doch klare Einsparmöglichkeiten beim Energie- und Ressourcenmanagement auf. Dies wird, setzt sich die Grüne Hochschulgruppe mit ihrer Forderung

durch, mit finanzieller Unterstützung durch das Land zu einer längst fälligen Sanierungen und energetischen Verbesserung mancher Uni-Gebäude beitragen.

Die Kosten für eine solche Zertifizierung sind überschaubar und zudem schnell durch erzielte Einsparungen erwirtschaftet. Es verdient sicher auch hervorgehoben zu werden, dass der Prozess dem selbst gewählten Tempo angepasst werden kann. Der Ablauf ist klar geregelt. Am Anfang erfolgt eine Aufnahme des Status quo. Dann werden erste Schritte zur Verbesserung festgelegt, deren Ausführung in weiteren Schritten zu bewerten ist. Danach erfolgt eine neue Zielsetzung für die nächste „Runde“. Dadurch kommt es in der Tat zu einer kontinuierlichen und stetigen Verbesserung.

Es gilt festzuhalten: Die Verbesserung der Effizienz im Umgang mit endlichen Ressourcen und deren Einsparung ist aus Sicht der Grünen Hochschulgruppe unter dem ökologischen Aspekt unverzichtbar. Und sie hat weiter den erfreulichen Effekt, dass die durch Einsparungen frei werdenden Gelder für Investition in die Lehre verwendet werden können, was in der Folge unmittelbar den Studenten und in der Folge dem Image der Universität zugutekommt.

Deshalb tritt die Grüne Hochschulgruppe auch weiterhin für eine Zertifizierung der gesamten Universität nach den Richtlinien von EMAS ein.

Die vergessene Skandal-Verordnung

von Thorsten Deppner

Das „Freiburger Alkoholverbot“ ist in aller Munde: Von der „Süddeutschen Zeitung“ über „Die Zeit“ bis hin zu den „Tagesthemen“ wird über das Wochenend-Trinkverbot im Freiburger „Bermuda-Dreieck“ berichtet. Auch bei der gut besuchten Podiumsdiskussion des grünen Kreisverbands am 30. Januar drehte sich alles um Alkohol und Gewalt im Freiburger Nachtleben. So rechtlich wie politisch zweifelhaft dieses Verbot auch sein mag, die eigentliche „Skandal-Verordnung“ im Zusammenhang mit Alkoholkonsum in Freiburg wird bislang ausgeblendet. In der Sitzung

am 20. November 2007 verabschiedete der Gemeinderat nämlich noch eine andere Polizeiverordnung: Ab Januar 2008 ist es im öffentlichen Raum in Freiburg untersagt, „ausschließlich oder überwiegend zum Zwecke des Alkoholgenußes“ zu lagern oder zu verweilen, wenn „dessen Auswirkungen geeignet sind, Dritte erheblich zu belästigen“.

Hinter dieser schwammig-neutralen Formulierung verbirgt sich nichts anderes als ein Instrument zur systematischen Ausgrenzung sog. „sozialer Randgruppen“ – eine Tatsache, aus

Speaker's Corner

Der Wähler hat gesprochen ...

aber was hat er gesagt? Und welche politischen Optionen – bezüglich Koalition, aber auch politischer Inhalte – entsprechen denn dem Wahlergebnis? Nach Hessen steht nun mit der Wahl in Hamburg in zwei Landtagen die Politik vor der Möglichkeit, und wohl auch vor der Notwendigkeit, bisherige Lager und liebgewonnene Clichés (Feindbilder inklusive) zu verlassen und nach neuen Wegen zu suchen. Das kann für unterschiedliche Länder durchaus ganz unterschiedliche Antworten bedeuten.

Die große Koalition ist natürlich immer möglich, aber, man sieht es in Berlin, ihre größte gemeinsame Schnittmenge ist meistens enttäuschend gering. In Hessen zudem ist die große Koalition wohl noch weniger denkbar als etwa in Hamburg.

Alternativen müssen also her, ohne dass es Denkverbote gibt. Und daher muss man sich fragen: Ist in Hessen die Linkspartei wirklich der undemokratische Erzfeind (noch dazu die meisten Gesprächspartner hier vor wenigen Jahren allesamt noch in der SPD waren)? Wohl nicht. Und ihre Wähler wird man kaum auf immer aus dem parlamentarischen Mitbestimmen heraushalten können.

Und Schwarz-Grün? Hamburg bedeutet hier die Möglichkeit, einen beispielhaften Versuch zu starten. Manches haben wir mit der Union eher als mit der SPD von Kurt Beck & Co. gemein: etwa den Anspruch auf Nachhaltigkeit bei Sozialreformen und Haushaltsgestaltung. Und manches aus der Union würde uns auch guttun: Etwas mehr Realismus zum Beispiel, wenn es um Themen der Wirtschaft und der Finanzmärkte geht. Lässt sich erfolgreiche Umweltpolitik, die auch wirtschaftlich darstellbar ist, wirklich nicht mit der Union machen? (Man denke an das Thema Grüne Marktwirtschaft) Oder: Wie sieht der nächste Schritt bei der Energiewende aus? Haben wir nun hier und jetzt praktikable Ideen für Hamburg und seine Kraftwerke?

Und die Sozialpolitik? Rot-Grün unter Gerhard Schröder war manchmal schmerzhaft, aber auch erfolgreich. Und der Weg von Schröder und Fischer geht zurzeit wohl nicht mehr mit der SPD, aber mit der Union.

Fortsetzung S. 4

Carsten Drecoll

Der Kreisverband lädt herzlich ein zur nächsten Mitgliederversammlung am **Mittwoch, d. 12. März um 19.30 Uhr** im Gasthaus Schützen (Schützenallee 12).

Themen:

- Die Grünen nach den Landtagswahlen: Lage und mögliche Koalitionen
- ein europäisches Referendum über den Vertrag von Lissabon?

Postvertriebsstück / PVSt, Deutsche Post AG, "Entgelt bezahlt", E 1351

AK-AnsprechpartnerInnen

AK Bildung: Birgit Woelki, Tel. 701323

AK Energie:
Jan Christoph Goldschmidt
Tel.: 2046968, janosch-go@email.de

AK Europa:
Thomas Rehmet, Tel.: 0761-89 78 105
rehmetth@web.de

AK ÖKRA (Öko-Agrarpolitik)
Harald Wurm, Tel.: 32846,
haraldwurm@gmx.com

AK Kultur: Maria Viethen, Tel. 36073

AK Integration
Silke Krebs, Tel.: 480 86 27
krebss@gruene-freiburg.de

AK Wirtschaft und Soziales
Sabine Lübke: sabine.
luebke@googlemail.
com, Tel. 0761-76 71 205

AK Verkehr
Steffen Bitter, stebit@gmx.net
Tel.: 4019655

PG Gesundheit
Adelheid Hepp, 0172-1066620
adelhepp@gmx.de

Grüne Jugend Freiburg
Bonaventura Schmid
bonaventura_schmid@yahoo.de

Green Team-Fußballmannschaft
Kapitän: Per Klabundt,
Tel. 55 36 76, per.klabundt@gmx.de

Unsere Abgeordneten
Wahlkreisbüros:
Haslach Str. 61, 79115 Freiburg

Kerstin Andreae, MdB
Mitarbeiter: Per Klabundt, David Vaulont
Tel. 8886713 Fax 8886714
kerstin.andreae@wk.bundestag.de

Edith Sitzmann, MdL
Mitarbeiterin: Nadyne Dittmann
Tel. 702102 Fax 0761-75405
sitzmann@gruene-freiburg.de

Reinhold Pix, MdL
Mitarbeiterinnen: Daniela Evers, Trudis
Fisch, Tel.: 71154 Fax 71159
buero@reinhold-pix.de

Fortsetzung von S. 3

der selbst die Beschlussvorlage der Stadtverwaltung keinen Hehl machte: Da wird gesprochen von einem „Platzverweisverfahren gegenüber sozialen Randgruppen [...] um die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu verbessern“. Genau dieses Verfahren soll nun auf alle öffentlichen Plätze Freiburgs ausgeweitet werden. Man mag es für nötig halten, in Freiburg mehr gegen Belästigungen durch alkoholisierte Personen zu tun. Allein: Bei tatsächlich stattfindenden Belästigungen kann die Polizei schon auf Grundlage des bestehenden Polizeigesetzes ohne Weiteres eingreifen. Hier geht es also nicht um den Schutz von BürgerInnen, hier geht es um etwas anderes: Um das „Säubern“ öffentlicher Plätze von unerwünschten Personen unter dem Vorwand des Alkoholkonsums. Die Gerüchtekü-

che vermeldet, dass diese Verordnung massiv aus dem Umfeld der SPD-Fraktion und Anwohnern des Stühlinger Kirchplatzes vorangetrieben wurde. Die Nutzbarkeit des Stühlinger Kirchplatzes bekommt man aber nicht durch blindwütige law and order-Politik in den Griff, sondern höchstens durch seine aktive Wiederbelebung – unter Einbeziehung seiner jetzigen NutzerInnen. Gerade einer SPD-Fraktion, die sich in jüngster Vergangenheit so gern als „soziale Avantgarde Freiburgs“ darstellt, ist ein derartig diskriminierendes Vorgehen gegen die von ihr vorgeblich in Schutz Genommenen mehr als unwürdig. Dass allerdings Dieter Salomon – als einziger Grüner – der Verordnung mit seiner Stimme erst zu einer Mehrheit verholfen hat, sollte vor allen Dingen uns Grünen zu denken geben.

Termine

Datum	Veranstaltung	Ort
Mi., 20.02.08 19.30 Uhr	AK Verkehr	Grünes Büro
Mo., 25.02.08 18 Uhr	AK ÖKRA	Grünes Büro
Di., 04.03.08 19 Uhr	Podiumsdiskussion von Böll-Stiftung + Carl-Schurz Haus Grüne Außenpolitik nach Fischer (mit Jürgen Trittin)	Hörsaal 3044 im KG III der Uni
Mi., 05.03.08 20 Uhr	AK Europa	Grünes Büro
Mo., 10.03.08 18 Uhr	AK ÖKRA	Grünes Büro
Di., 11.03.08 19.30 Uhr	AK Energie	Grünes Büro

Abkürzungen:

AK = Arbeitskreis; BDK = Bundesdelegiertenkonferenz; Büro = Termin findet im Grünen Büro statt; GR = Gemeinderatssitzung; KV = Kreisverband; LDK = Landesdelegiertenkonferenz; LGS = Landesgeschäftsstelle (Forststr. 93 in Stgt); LT = Landtag (Haus der Abgeordneten, Konrad-Adenauer Str. 12 in Stgt.); MV = Mitgliederversammlung; PG = Projektgruppe